

geschenen Höchstzage erhoben werden. Diese Steuer soll aber nur dann zur Erhebung gelangen, wenn das steuerbare Einkommen des Steuerpflichtigen 3000 Mark übersteigt. Aus der Steuer wird ein Jahresertrag von 250 bis 300 000 M. erwartet. Die Erhebung des Zuschlags für Verheiratete, insbesondere für solche, die Kinder zu unterhalten haben, erfordert dem Finanzausschuss bedenklich und dem sozialen Grundgedanken des Reichsernährungsministeriums entgegenstehend. In der Aussprache erklärte sich St.-V. Gänzel gegen diese Steuer, weil sie eine Sondersteuer darstelle und ledige Personen zumeist durchaus nicht besser gestellt seien, als verheiratete, welcher Ansicht Stadtrat Zettel beipflichtete, vorschlagend, sie durch Kurzsteuern zu ersparen. Die übrigen Redner, insbesondere St.-V. Wilhelm und St.-V. Haufe als Mitglieder des Finanzausschusses, sowie Stadtrat Ziegler und St.-V. Mehlhorn sprachen sich die Steuer befürwortend aus, worauf sie beschlossen wurde.

Eine weitere Vorlage betraf die

#### Einführung einer Gewerbesteuer.

die sich an die in Chemnitz eingeführte Gewerbesteuer anlehnt. Schätzungsweise soll sie im Jahre 260 000 M. erbringen, und mit Wirkung vom 1. April 1920 an in Kraft gesetzt werden bis zu dem Zeitpunkte, da diese Steuer landesgesetzlich geregelt sein wird. Sie kann also nur vorübergehend als Gemeindesteuer angesehen werden. Die Gewerbesteuer wird nach drei Bewertungsgrundlagen veranlagt und zwar nach dem Reinertrag aus dem Gewerbebetrieb, nach der Zahl der in den Betrieben beschäftigten Personen und nach dem Mietwert der dem Gewerbebetrieb dienenden Räume. Die vom Reinertrag aus dem Gewerbebetrieb zu entrichtende Steuer beträgt in progressiver Steigerung 1 bis 6 Prozent. Ist der Ertrag nicht höher als 10 000 M., so wird eine Steuer nach dem Reinertrag überhaupt nicht erhoben. Der nach der Zahl der beschäftigten Personen zu berechnende Steueranteil beträgt 5 M. für jede Person. Der vom Mietwert der dem Gewerbebetrieb dienenden Räume zu berechnende Steueranteil beträgt 1 bis 8 Prozent des Mietwertes.

Auch diese Vorlage rief eine längere Aussprache hervor. Insbesondere hielt St.-V. Gaedt die progressive Steigerung der Abgabe vom Reinertrag aus dem Gewerbebetrieb für ungerecht, worauf St.-V. Selbmann, den Standpunkt des Finanzausschusses klar legte, darauf hinwies, daß eine derartige Staffelung im Steuerweisen allgemein üblich ist, und außerdem als Schutz des Mittelstandes gelten dürfe. Auch die Frage der Berechnung des Mietvertrags war Gegenstand längerer Erörterungen, schließlich fand auch die Einführung der Grundsteuer Annahme.

Unter Zurückstellung einer Steuer auf Personen-  
kraftwagen wurde dann noch eine beträchtliche

#### Erhöhung der Hundesteuer

beschlossen. Für jeden in der Stadt Aue gehaltenen Hund ist nunmehr eine jährliche Steuer von 150 Mark zu zahlen, für jeden weiteren Hund desselben Haushalts, gleichviel, ob er von dessen Vorstand oder von seinen Angehörigen oder von seinen Dienstpersonen gehalten wird, beträgt die Steuer 225 Mark. Geht die Steuermarke verloren, so wird gegen eine Gebühr von 5 Mark eine neue Marke ausgefertigt. Fünf ausgelöste Hunde sind außer der Strafe noch 5 M. Fanggebühr und 5 M. Gittergeld für den Tag zu bezahlen.

Vorgeklagtes war eine Steuer von nur 100 und 150 Mark, auf Antrag des St.-V. Friedrich wurde sie auf 150 und 225 Mark festgesetzt. Außerhalb der Tagesordnung brachte St.-V. Herbach die Suche nach Waffen zur Sprache (über die gestern im Auer Tageblatt berichtet wurde), erläutert, daß dabei auch Gewehre der Einwohnerwehr beschlagnahmt wurden. Bürgermeister Hofmann erwiederte, daß auf Anordnung des Landescommissars so verfahren werden müsse, und daß der Rat nunmehr darüber zu beschließen hat, ob die beschlagnahmten Einwohnerwehr-Gewehre wieder zurückgegeben werden. Interessant war dabei die Mitteilung, daß Einwohnerwehr-Gewehre gegen die Prämie von 100 Mark zur Ablieferung bekommen sind. — Die nächste Sitzung zur Beratung des Haushaltplanes soll am kommenden Mittwoch stattfinden.

## Von Stadt und Land.

Aue, 17. Dezember 1920.

Seinen 70. Geburtstag feiert heute in vollster Gesundheit, Freiheit und Rüstigkeit Dr. Kommerzienrat und Stadtrat G. Hiltmann. Wenn wie von dieser im allgemeinen als persönliche Angelegenheit zu betrachtenden Tatsache dennoch Notiz nehmen, so geschieht das von dem Gesichtspunkte aus, daß Dr. Kommerzienrat Hiltmann durch sein Jahrzehnt langes uneigennütziges Wirken im Dienste breiterer Öffentlichkeit zum guten Teil auch mit seiner Persönlichkeit der Öffentlichkeit gehört, daß also, mit anderen Worten, die ganze Einwohnerschaft unserer Stadt reelles Interesse für den geschätzten Mitbürger hat, der heute sein 70. Lebensjahr vollendet. Ein jeder Auerwelt, wie unermüdlich Dr. Kommerzienrat Hiltmann stets tätig war im Wirkeln für unsere Stdt., für Industrie, Handel und Gewerbe, was alles sonst er noch getan hat, um die Interessen unserer Einwohnerchaft zu fördern. Datum halten wir es für unsere Pflicht, des heutigen familiären Festtages für ihn an dieser Stelle zu gedenken und wir wünschen uns eins mit der Auer Bürgerschaft, wenn wir Dr. Kommerzienrat Hiltmann einen noch recht langen Lebensabend in weiterer froher Gesundheit wünschen!

Der Postdienst in Aue zur Weihnachtszeit. Am 19. Dezember sind die Briefschalter wie an Sonntagen, die Paketschalter für die Annahme und Ausgabe von Paketen von 8 bis 9 Uhr vormittag und von 11 Uhr vormittag bis 12½ nachmittag geöffnet. Die Briefbestellung im Orte und auf dem Lande erfolgt einmal — Beginn 8 Uhr vormittag. — Bei der Landbestellung werden auch Pakete und Geldsendungen mit abgetragen. Im Orte findet eine einmalige Paketbestellung statt. Am 25. Dezember sind die Schalter wie an Sonntagen geöffnet, jedoch können an den Paketschaltern auch in der Zeit von 11 Uhr vormittag bis 12½ nachmittag Pakete ausgegeben und abgeholt werden. Es findet eine Briefbestellung im Orte und nach dem

Beginn vormittag 8 Uhr — statt. Bei der Landbestellung werden auch Pakete und Geldsendungen mit abgetragen. Im Orte erfolgt außerdem eine einmalige Geld- und Paketbestellung. Am 26. Dezember sind die Schalter wie an Sonntagen geöffnet. Die Orts- und Landbestellung ruht.

#### Vortrag im Wissenschaftlichen Verein Aue.

Im hiesigen Wissenschaftlichen Verein sprach am Mittwoch der Physiker F. C. Henzel aus Chemnitz über das Thema: Von Wesen der Elektrizität. Er erwähnte, daß sich im Laufe der Jahrhunderte verschiedene Anschauungen gebildet haben. Die älteste sieht in der Elektrizität eine außerordentlich feine Flüssigkeit, ein unwidbares Fluidum. Nach Heinrich Herz ist Elektrizität ein Schwingungs Zustand des Atoms. Seine Versuche bildeten die Grundlage zur Funkentelegraphie. Lorenz in Leyden entwickelte 1883 eine mathematisch begründete Theorie und nannte die Elektrizitätsentitäten Elektronen, die von Zeemann in der Natriumflamme nachgewiesen wurden. Durch zahlreiche farbenprächtige und hochinteressante Versuche gelang es dem Vortragenden, die wichtigsten Eigenschaften der Elektronen scharf hervorzuheben. Sie werden von der Kathode aus geradlinig fortgepflanzt, lassen mechanische Wirkung aus, erzeugen Wärme, lassen sich vom Magneten ablenken und bringen nichtmetallische Stoffe zum Leuchten. Alle Versuche gelangen in bester Weise und wurden von den Zuhörern mit großem Interesse wahrgenommen. Auf die Bewegung und Verteilung der Elektronen führt die neue Ansicht alle elektrischen, magnetischen und optischen Erscheinungen zurück. Das Elektron spielt eine Rolle bei der Umwandlung der Elemente, beim Aufbau und bei der Zersetzung der Materie, bei der Erklärung der Trägheit und es bildet die Grundlage einer elektrischen Theorie der Mechanik. Dr. Henzel verbreitete sich im 2. Teile seines Vortrages über Röntgen- und radioaktive Strahlen. Mit Hilfe des Fluoreszenzsäures wurde gegenstände, die in einem Papptablon, Holzkästen und in einer Ledertasche untergebracht waren, deutlich sichtbar gemacht; die Knochen einer Hand konnte man scharf erkennen. Die radioaktiven Stoffe üben dieselben Wirkungen aus, wie sie bei den Röntgen-, Kanal- und Röntgenstrahlen zu beobachten sind. Die Erdkugel enthält nach Schätzung eine Radiummenge von 25 000 Millionen Tonnen. Rein dargestellt sind 10 g vorhanden. Im Dunkeln senden die radioaktiven Stoffe Fluoreszenzlicht aus, sie erzeugen Röntgenstrahlen, beeinflussen die photographische Platte und bewirken eine beständige Wärmeabgabe. 1 g Radium liefert ständig 118 Grammkalorien. Zum Schluß versuchte der Vortragende, die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung zu einem Weltbild zu gestalten. Reicher Beifall lohnte seine interessanten Darbietungen.

**Ishorau, 16. Dezember**  
**Wahl.** Pastor Ebelt ist, nachdem er am 5. Dezember seine Gastpredigt in Oberfrohna gehalten hat, nunmehr vom dortigen Kirchenvorstand zum Pfarrer gewählt worden.

**Beierfeld, 16. Dezember.**  
**Wohnungswesen.** Dem hiesigen Wohnungssamt ist vom Ministerium des Innern und dem Landeswohnungsamt zu Dresden mit Zustimmung des zuständigen Reichsministeriums die Befugnis verliehen, anzuordnen, daß die Vermietung, Überlassung und Ingebrauchnahme von Wohnräumen, Laden, Werkstätten und Büros, insbesondere auch von mibillierten Zimmern nur mit einer Justizierung zulässig ist. Jeder Abschluß eines Mietvertrages nach obigen Bestimmungen ist binnen einer Woche dem Wohnungssamt zu melden, ansonst falls von dem Vermieter keine Ansprüche geltend gemacht werden können. Es wird deshalb nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß in Zukunft vor Vermietung oben bezeichnete Räume, das Wohnungssamt in Kenntnis gesetzt werden müssen. Nichtbeachtung dieser Vorschriften zieht Geldstrafe bis zu 1000 M. nach sich. Die ausführlichen Bestimmungen hängen in der Hauskarte des Gemeindeamtes öffentlich aus.

## Zum Bergarbeiterstreik.

Nachdem die Verhandlungen der Parteien im sächsischen Arbeitsministerium am Montag den 13. Dezember 1920 ergebnislos verlaufen mußten, da kein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums der Einladung Folge geleistet hatte und die Lohnfrage zugleich eine Preisfrage war, wurde beschlossen, nochmals eine Kommission nach Berlin zu entsenden, um beim Reichsarbeitsminister vorstellig zu werden zwecks Erlangung der Aufhebung des generellen Vetos durch das Reichskabinett. Die Kommission war begleitet von den Vertretern der sächsischen Regierung, Geheimrat Haack vom Arbeitsministerium und Regierungsrat Erbacher vom Kohlenausgleich Dresden, die im Auftrage der sächsischen Regierung eine Kohlenpreiserhöhung für Sachsen befürworten sollten, nachdem das sächsische Kabinett trotz schwerster Bedenken in der vorliegenden Lohnfrage keinen anderen Ausweg sah. Die Kommission bestand aus Vertretern der Werksverwaltungen und der Arbeiterorganisationen und wurde am Dienstag nachmittag vom Reichsarbeitsminister Brauns empfangen, der in Ansehung der Dringlichkeit die Angelegenheit in der Nachmittagssitzung des Reichskabinetts zur Sprache brachte wollte. Da das Reichskabinett durch dringliche äußere Geschäfte nicht zur Behandlung dieser Frage kommen konnte, fand am Mittwoch vormittag im Reichsfanzlerpalais nochmalige Vorbesprechung mit den Reichsministern Dr. Bräuer, Giesberts und Grönert statt, an der auch der Staatssekretär Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium, die obengenannten Vertreter der sächsischen Regierung, sowie der sächsische Landrat Graf Holzendorf, ferner von Arbeitgeberseite Dr. May vom Bergbauverein und von Arbeitnehmerseite Gewerkschaftssekretär Schmidt vom Gesamtvorstande des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands teilnahmen. Die am Nachmittag tagende Sitzung des Reichsministeriums beschloß unter der Voraussetzung, daß der Bergarbeiterstreik in Sachsen sofort abgebrochen wird, in Anerkennung der besonderen schwierigen Verhältnisse in Sachsen von dem Vorrecht in der Kohlenpreiserhöhung frage Sachsen gegenüber nicht Gebrauch zu machen, wenn erneut ein Antrag des Sächsischen Steinkohlenministeriums auf Preiserhöhung vom Reichskohlenverband genehmigt wird

und wenn die neuen Lohnvereinbarungen auf längere Frist zustande kommen. Ferner brachte das Reichskabinett zum Ausdruck, daß die Lohnfrage zwar nicht mit der Überhöchstentlastung bedingt verknüpft werden könne, daß es aber nicht angehe, daß allein die sächsischen Bergarbeiter in Deutschland keine Überhöchstentlastung verfahren. Es erwartet von den sächsischen Bergarbeitern nach Regelung der Lohnfrage, daß sie sofort auf ein Überhöchstentlastungsabkommen eingehen werden.

Demnach dürfte ab 1. Januar 1921 mit einer Kohlenpreiserhöhung für sächsische Steinkohle zu rechnen sein, dafür ist andererseits zu hoffen, daß der verhängnisvolle Bergarbeiterstreik hierdurch zu Ende kommt und der Zusammenbruch der sächsischen Volkswirtschaft verhindert wird. Die Einigungsgespräche zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern finden bereits heute Nachmittag statt.

## Vermischtes.

**Das Berliner Polizeipräsidium in Flammen.** Das Berliner Polizeipräsidium steht in Flammen. Das Feuer entstand im Flügel des Einwohnermeldeamtes und greift schuell um sich.

**Der Berliner Hotelstreik.** Das Reichsjustizamt hat abgelehnt, in schwedenden Strafsachen eine Deputation der Berliner Hotelbesitzer zu empfangen. Es werden von dieser Stelle auch Verhandlungen mit den Hotelbesitzern abgelehnt. Gegen weitere 4 Berliner Hotelbesitzer ist am Mittwoch ein Ermittlungsverfahren wegen Wucher eingelegt worden, weil sie Lebensmittel mit einem Aufschlag von 4000 Prozent ihren Gästen verabfolgt haben.

**Aufhebung der Butterrationierung?** Im Groß-Berliner Ernährungsberatungsrat machte der Vertreter der Stadt Berlin Mitteilung von einer angeblich bevorstehenden Aufhebung der Rationierungsvorschriften für Butter für Anfang Januar 1921.

## Wartner und Rosenthal.

**Der Goldschuh des Schiebers.** — 200 Millionen Jahresumsatz. — **Warenlager: Eine Streichholzhäschtei.**

Auf Grund amtlicher Unterlagen kann der Dresdner Mitarbeiter des Leipziger Tageblattes über die durch das Vorgehen der Staatsanwaltschaft aufgedekten Gesetzwidrigkeiten im Getreidegroßhandel folgende weiteren Mitteilungen machen: Wartner hat dem Kommunalverband Freiberg falsche Fällungen unterbreitet und dadurch schlanzfweg 285 000 Mark verdient. In einem anderen Falle hatte er für denselben Kommunalverband in Bayern Lebensmittel eingekauft, die aber der Verkäufer zurück haben wollte, um sie noch teurer nach dem Rheinland zu verkaufen. Wartner gab die gekauften Lebensmittel auch zurück, aber natürlich nur mit einem Aufschlag. Durch einen einzigen Brief verdiente er 170 000 Mark. Die Allgemeinheit ist durch Wartner um Hunderttausende geschädigt worden. Nebenbei hat er sich auch große Steuerhinterziehungen zuschulden kommen lassen. Die Freiberger Staatsanwaltschaft lehnte zuerst ein Einschreiten gegen ihn ab. Auf Drängen von Landratfalter Seite, die sich hier unzweifelhaft ein Verdienst erworben hat, wurde die Sache wieder aufgenommen und Staatsanwaltschaft Weiland aus Bangen, ein sehr energischer Herr, nach Freiberg kommandiert zur Bearbeitung dieser Sache.

Nach dem vorliegenden Material sind auch riesige Preistreibereien vorgekommen, so ist Mehl von 22 auf 55 Mark getrieben worden. Bei Wartners Freund Lange in Leubnitz fand man zweieinhalf Kilogramm geschmolzenes Gold und über sieben Kilogramm eingeschmolzenes Silber. Zwölf Figuren verwendete man derartige Klumpen im allgemeinen wohl nicht! Sehr faul soll es auch um die Warenaufnahmefirma Böttcher & Co. stehen. Ein Lager besteht sie überhaupt nicht. Ihr ganzer Warenvorrat bestand beim Erscheinen der Beamten in einer Streichholzhäschtei! An dieser Gesellschaft sind der Herausgeber des Salontisches Fehrer und Hofrat Fritz Rosenthal kommanditistisch beteiligt, beide angeblich nur mit einer Kapitaleinlage. In Wirklichkeit hat Rosenthal das Geschäft geleitet. Zahllose Briefe und Bücher fanden sich bei ihm vor. Die Gesellschaft hat in einem halben Jahr einen Umsatz von 200 Millionen Mark gehabt. Rechnet man, daß Rosenthal nur ein Prozent Provision genommen hätte — natürlich ist das viel zu wenig und er sieht wahrhaftig nicht nach einem Prozent aus — so hätte er, aufs Jahr gerechnet, schon vier Millionen Mark an den notwendigsten Lebensmitteln des Volkes verdient. Die beteiligten Untersuchungsbeamten erklären, daß Rosenthal schon jetzt große Steuerhinterziehungen nachweisbar seien. Ein Steckbrief ist erlassen und ein großer Teil seines Vermögens beschlagnahmt worden.

## Kirchennachrichten.

**St. Nikolai.**

4. Advent. 19. Dez., vorm. 9 Uhr Hauptgottesdienst: Past. Herzog. Am Abschluß Einweihung u. Verpflichtung d. gewählten Kirchenvorsteher. Vorm. 11 Uhr Kindergottesdienst d. j. Abilg.: Pf. Lehmküller; nachm. 1½ Jüngengottesdienst d. 8. Bez.: Past. Herzog; nachmittag 3/4 Uhr Tauftgottesdienst: Pf. Herzog. Nachm. 4 Uhr Weihnachtsfeier des Frauenevangeliums im gr. Pfarrhaus. Nachm. 4 Uhr Weihnachtsfeier des Kinderheims in der Turnhalle der ersten Knabenbürgerschule. Der Jünglingsverein veranstaltet einen Weihnachtsfamilienabend im Rest. Waldental abends 7 Uhr. Die Vorlesungsreihe kostet 1,50 M. Die Gemeinde ist zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen. Abends 1½ Uhr Jungfrauenverein.

Die Adventsfeier in Auerbommer findet voraussichtlich am Donnerstag, 23. Dezember, abends 8 Uhr statt.

## Friedenskirche.

4. Advent. 9 Uhr Hauptgottesdienst, Beichte und Abendmahl.

## Amtliche Bekanntmachung.

**Brennstoff-Berkauf** (Braunkohlen-Briketts und Torf) erfolgt von Montag, den 20. Dezember 1920 ab, bis Mittwoch, den 22. Dezember 1920 an jedem Haushalt aus dem südböhmischen Rotstandslager am Güterbahnhof. Alles Nähere besagt die Anschläge. Aue, den 18. Dezember 1920.

**Ostschloßstelle.**